

Wachstum um jeden Preis – das ist die Devise des wirtschaftlich gebeutelten Brasiliens. Diesem Ziel scheinen die Landrechte traditioneller Gemeinschaften zunehmend im Weg zu stehen und werden von der mächtigen Agrarlobby und ihren Verbündeten infrage gestellt. Die Quilombos, jene traditionellen Gemeinschaften, die auf widerständige Sklaven zurückgehen, müssen deshalb ihre, an ihre kulturelle Herkunft gebundenen Landrechte auf unterschiedlichen Ebenen behaupten:

Grünes Wachstum und die Rechte der Quilombolas in Pará: ein unlösbarer Widerspruch

von Maria Backhouse*

Erstens setzt die Regierung auf den Ausbau des Bergbaus, die intensiviertere Förderung von Erdöl, auf große Infrastrukturprojekte und die Expansion der Agrarindustrie. Die Landrechte und Landnutzungsformen traditioneller Gemeinschaften stehen im Widerstreit zu diesen wachstumsorientierten Strategien.

Zweitens kommt die Demarkierung der Quilombo-Territorien aufgrund komplizierter Verfahren und fehlenden politischen Willens äußerst langsam voran. Nur 143 Quilombo-Territorien wurden bisher in Brasilien kollektiv titulierte; 1 je nach Zählung stehen dieser Zahl über 1.500 offene Anerkennungsverfahren gegenüber. Bekommt ein Territorium den Kollektivtitel verliehen, so darf das Land nur noch von den Quilombolas (Mitglieder der Quilombo-Gemeinschaften) genutzt werden, die auf dem Land leben. Das Land darf nicht verkauft oder agrarindustriell genutzt werden und wird dem Landmarkt und der Agrarindustrie dauerhaft entzogen. Quilombos ohne Landtitel haben es entsprechend schwerer, ihre Landrechte gegenüber dem wachsenden Druck, ihr Land aufzugeben, zu wahren.

Zudem diskutiert das brasilianische Parlament derzeit eine Verfassungsänderung (PED 215, Proposta de Emenda à Constituição), die die endgültige Entscheidung über die Demarkierung der Gebiete indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften den bisher zuständigen Behörden entziehen und dem Parlament übertragen soll. Sollte es zu dieser Verfassungsänderung kommen, dürften die vielen noch ausstehenden Demarkierungen durch die Übermacht der Agrarlobby im Parlament zusätzlich verlangsamt oder gar

verhindert werden.

Drittens kommt erschwerend hinzu, dass im Rahmen der brasilianischen Wachstumsstrategie mittlerweile agrarindustrielle Landnutzungsformen als Maßnahmen zum Umweltschutz und Klimaschutz deklariert werden, die in dieser Hinsicht mindestens zweifelhaft sind. Lange konnten traditionelle Gemeinschaften im Amazonasbecken gegen Großprojekte mit dem Argument punkten, zum Schutz von Wald, Biodiversität und Klima beizutragen. Denn die Abholzungsraten sind in den

Territorien traditioneller Gemeinschaften erwießenermaßen wesentlich niedriger als auf den privaten Landflächen, die in Amazonien für extensive Viehweiden oder Sojamonokulturen genutzt werden. Nun werden der Ausbau der Palmölproduktion zur Gewinnung von Agrartreibstoffen oder die Errichtung von Staudämmen für die Stromerzeugung in Amazonien zu Klimaschutzmaßnahmen erklärt. Um dies als Beitrag zum Klimaschutz zu legitimieren, wird ausschließlich die damit verbundene Einsparung des klimaschädlichen Kohlendioxid (CO₂) gemessen, das in der Amazonasregion bisher insbesondere durch die Abholzung von Wäldern freigesetzt wird.

Diese „grüne“ Legitimierung von Großprojekten bedrängt die Quilombolas zusätzlich bei ihrem Kampf um Landrechte und politische Mitbestimmungsrechte, wie folgende Beispiele aus dem Bundesstaat Pará zeigen.

Quilombolas in Pará

Pará ist dreieinhalbmal so groß wie Deutschland und der zweitgrößte Bundesstaat der Amazonasregion, die etwa 60 Prozent des brasilianischen Territoriums umfasst. Allein die Fläche des Nordostens von Pará entspricht etwa der Größe Österreichs. Er ist seit der Kolonisierung durch die Portugiesen eine der ältesten und bevölkerungsreichsten Siedlungsregionen des Amazonasbeckens. Neben den Flussbewohner*innen (*Ribeirinhos*) und Einwanderer*innen aus unterschiedlichen Teilen Brasiliens leben in der Region auch viele Quilombolas. Die Quilombolas in Pará sind Nachfahr*innen von Sklav*innen, die auf Zuckerrohrplantagen gearbeitet oder Kautschuk gesammelt haben. Aus der Sklaverei in entlegene Regionen entflohen oder am Rande verlassener Zuckerrohrplantagen entwickelten sie eigene Lebens- und Überlebensformen.

Ihre Landrechte sind in der brasilianischen Verfassung von 1988 anerkannt. Pará war 1995 der erste Bundesstaat, in dem ein Quilombo-Kollektivtitel ausgestellt wurde, und der 1998 erstmals die konstitutionelle Anerkennung der Quilombo-Landrechte ratifizierte. Doch von der anfänglichen



Ölpalmsetzlinge in Concordia
Foto: Maria Backhouse

Aufbruchsstimmung der 1990er Jahre ist heute nur noch wenig zu spüren. Die Titulierungsverfahren laufen wie in ganz Brasilien zu langsam. Angesichts der wachsenden Bodenpreise kann dies dazu führen, dass die Quilombo-Gemeinden verschwinden, bevor sie den Landtitel erhalten haben, wie Manoel Clauderi Coutinho da Luz, der Präsident der Quilombo-Gemeinde Taperinha in der Gemeinde São Domingos do Capim des Bundesstaat Pará, kritisiert: „Seit Jahren warten wir auf die Titulierung. Sie wird absichtlich verschleppt, weil der benachbarte Großgrundbesitzer unser Land will und großen politischen Einfluss hat. Er setzt darauf, dass in der Zwischenzeit einzelne Familien ihr Land verkaufen und wir kein zusammenhängendes Territorium mehr haben. Eine kollektive Titulierung ist aber nur bei einem zusammenhängenden Territorium möglich.“ Taperinha liegt in einer Region, in der die Expansion von Palmölplantagen den Bodenmarkt angeheizt hat. Viele ehemalige Großgrundbesitzer*innen handeln nun mit Land und machen bei ihren Kaufversuchen auch vor Quilombo-Land nicht Halt.

Biodiesel aus Amazonien

Brasilien gehört weltweit zu den größten Produzenten und Konsumenten von Agrartreibstoffen. Um die Abhängigkeit der Biodieselproduktion von Sojaöl (80 Prozent) und tierischen Fetten zu reduzieren, wird seit 2010 auch die Palmölproduktion über ein staatliches Programm gefördert. Die Hauptanbaugebiete liegen im Bundesstaat Pará und werden von einem agrar-ökologischen Zonierungsplan als weitgehend abgeholzt und degradiert ausgewiesen. Die Palmölplantagen sind nur auf Land erlaubt, das schon vor 2008 gerodet wurde und nicht

Teil von Naturschutzgebieten oder von Territorien traditioneller Gemeinschaften ist. Diese Vorgabe soll verhindern, dass noch bestehender Tropenwald weiter für Plantagen abgeholzt wird und dabei das klimaschädliche Gas CO₂ ausgestoßen wird. Stattdessen sollen die wachsenden Plantagen CO₂ binden und so zu einer positiven Klimabilanz Brasiliens beitragen.

Doch selbst wenn die Gebiete der Quilombolas ausdrücklich aus dem direkten Expansionsradius der Plantagen ausgenommen sind, werden sie indirekten schädlichen sozialen und ökologischen Effekten ausgesetzt: Nicht-titulierte Quilombo-Territorium ist nicht vor der Palmölexpansion geschützt. Neben der Schwierigkeit, die eigenen Landrechte zu wahren, berichten die

Quilombolas – mit und ohne Landtitel – von den negativen Auswirkungen des Pestizid- und Herbizideinsatzes auf ihre Bienenstöcke, auf Fluss- und Trinkwasser sowie auf die Fischbestände. Jahrelang stießen sie mit ihren Beschwerden auf taube Ohren. Seit Anfang 2015 liegen die Ergebnisse einer Studie vor, die vom brasilianischen Gesundheitsministerium in Auftrag gegeben wurde, und in den Flüssen in Plantagennähe einen erhöhten Endosulfan-Wert feststellt. Endosulfan ist ein gesundheitsschädliches Pestizid, das in Deutschland seit den 1950er Jahren und in Brasilien seit 2013 verboten ist.

Palmölplantagen als Beitrag zum Klimaschutz

Trotz der Studie ist es für die Quilombolas weiterhin schwierig, Unterstützung in Politik und Öffentlichkeit zu erhalten. Denn die Auffassung, dass die Region bereits weitgehend abgeholzt sowie degradiert sei und Palmölplantagen sinnvolle Maßnahmen zum Klimaschutz seien, hat sich bereits weit über die Expansionsgebiete hinaus durchgesetzt.

Die Manager*innen der Plantagen von Vale, einem der größten Bergbauunternehmen weltweit, behaupten sogar, dass Palmölplantagen mehr CO₂ binden würden als ein Naturwald. Das Bergbauunternehmen hat 2011 das Palmölunternehmen Biopalma aufgekauft und investiert nun in die eigene Palmölproduktion. Ziel ist es, 20 Prozent des Treibstoffverbrauchs der eigenen Transportflotte durch Biodiesel auf Palmölgrundlage zu ersetzen, und damit die Klimabilanz des Bergbaus zu verbessern. Rings um die Palmölplantagen des Konzerns stehen Schilder, die verkünden, dass die Palmölplantagen Wiederaufforstungsprojekte seien. Zwar

dürfen Plantagen nach brasilianischem Gesetz nicht zum Zweck der Wiederaufforstung gepflanzt werden – schon gar nicht, wenn es sich wie bei Ölpalmen um Pflanzen handelt, die in Amazonien erst in den 1970er Jahren eingeführt wurden und damit nicht heimisch sind. Doch mit diesem Vorstoß schafft Vale erste Fakten in Richtung einer Neuordnung der Umweltpolitik in Amazonien, wie sie von immer mehr Entscheidungsträger*innen vertreten wird: Einige zusammenhängende Tropenwaldgebiete sollen in Amazonien geschützt werden und dafür sollen bereits abgeholzte Gebiete für die Agrarindustrie freigegeben und als Klimaschutzstrategien gelabelt werden.

Sebastião P. da Costa, Mitglied des Quilombo-Zusammenschlusses im Bezirk Concórdia ARQUINEC (Associação de Remanescente de Quilombo Nova Esperança de Concórdia), ist wütend: „Wenn hier jemand den Wald hütet, damit er erst gar nicht abgeholzt wird, dann sind wir das. Es ist doch absurd, dass eine Palmölplantage mehr zum Klimaschutz beitragen soll als wir.“ Er berichtet, dass Vale-Mitarbeiter*innen auf öffentlichen Veranstaltungen die Produktion von Maniok als klimaschädlich und steinzeitlich bezeichnen würden. „Das ist unser Grundnahrungsmittel, das hier seit Jahrtausenden von indigenen Völkern und seit Jahrhunderten von Quilombolas und kleinbäuerlichen Familien angebaut wird. Warum soll das jetzt plötzlich klimaschädlich sein?“

Dass die Region im erwähnten agrar-ökologischen Zonierungsplan als gerodet und degradiert ausgewiesen wird, dürfte im Interesse der Expansion von Palmölplantagen sein. Dies bestätigt, was Vertreter*innen der Politischen Ökologie seit den 1980er Jahren zeigen: Die Definition von degradierten Flächen kann nicht allgemeingültig und formal erfolgen.² Vielmehr stellt sich in der Praxis vor Ort die Frage, wer die faktische Definitionsmacht hat und wer letztlich von der konkreten Anwendung der zunächst formalen Definition profitiert. Im Fall von Pará profitiert der agrarindustrielle Palmölsektor, der nun in der Region staatlich gefördert expandiert und obendrein als Klimaschutzprojekt legitimiert wird.

Hier wird die ganze Problematik der internationalen Klimapolitik deutlich, die sich zunehmend auf die Einsparung eines einzigen klimaschädlichen Gases, nämlich CO₂, konzentriert: Eine agrarindustrielle Palmölplantage kann auf der lokalen Ebene so zu einem Klimaschutzprojekt aufgewertet und die nachhaltigen Landnutzungssysteme traditioneller Gemeinschaften als steinzeitlich und klimaschädlich abgewertet werden.

Diese Machtkonstellation verhindert, dass die Qui-

lombolas Verbündete in Politik und Zivilgesellschaft finden, um gegen die Expansion der Palmölplantagen zu mobilisieren und gleichzeitig ihre Landrechte durchzusetzen. Denn für viele Entscheidungsträger*innen ist das staatliche Palmölprogramm eine alternativlose Entwicklungsmaßnahme und die negativen sozial-ökologischen Auswirkungen ein notwendiges Übel.

Für Alternativen zum Wachstumszwang

Brasilien positioniert sich im internationalen Kontext als Vorreiter einer grünen Ökonomie. Deren Ziel ist es laut Umweltprogramm der Vereinten Nationen, die Weltwirtschaft so zu transformieren, dass Wachstum, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit kein Widerspruch mehr sind. Um dies zu erreichen, sollen „grüne“ bzw. erneuerbare Energien, wie etwa Agrarkraftstoffe, sowie nachhaltige Technologien gefördert werden. Wie kaum ein Land der Welt verfügt Brasilien über einen überaus hohen Anteil an erneuerbaren Energien – von Agrarkraftstoffen bis zu Wasserkraftwerken.

Die Entwicklungen in Pará verdeutlichen aber, wie widersprüchlich diese Strategien für eine Grüne Ökonomie und für den Klimaschutz sind. Denn statt eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels wird das alte Wachstumsmodell – nun im grünen Gewand – fortgesetzt. Auf diese Weise kommt es zu der paradoxen Entwicklung, dass ausgerechnet die monokulturelle Expansion von Palmölplantagen zu einem Klimaschutzprojekt aufgewertet wird. Das Palmölprogramm ist jedoch nicht nur aus ökologischer Sicht problematisch. Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Attacken der Agrarlobby auf die Landrechte traditioneller Gemeinschaften schwinden die Chancen der Quilombolas, ihre Landrechte zu behaupten und zu sichern. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um die radikale Neuausrichtung der Klimapolitik und das herrschende Wachstumsdenken ist zwingend nötig – nicht nur in Brasilien, sondern weltweit. ■

* Maria Backhouse ist im KoBra-Vorstand. Ihre Dissertation zur Palmölexpansion in Pará ist in diesem Jahr erschienen: „Grüne Landnahme – Palmölexpansion und Landkonflikte in Amazonien. Münster: Westfälisches Dampfboot. 2015.